
11504/J XXV. GP

Eingelangt am 30.01.2017

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Freundinnen und Freunde an den/die die Bundesministerin für Bildung

betreffend drohenden Lehrkräftemangel im Pflichtschulbereich

BEGRÜNDUNG

Ausgehend von der Beantwortung einer Anfrage¹ an das damalige Unterrichtsministerium werden in den Jahren 2017 bis 2025 fast 39.000 LehrerInnen in Österreich in Pension gehen. Bei den Pflichtschullehrkräften ist das Ausmaß mit über 25.000 besonders hoch.

Entgegen dem langjährigen Trend sind die Geburtenraten in Österreich seit dem Jahr 2009 wieder deutlich gestiegen. Damit steigen auch die SchülerInnenzahlen in den Volksschulen von derzeit rund 76.000 pro Jahrgang auf über 84.000 in den 2020er Jahren. Dazu kommen noch die jährlich aus dem Ausland zuziehenden im schulpflichtigen Alter.

Die in den letzten Jahren gesetzten Qualitätsmaßnahmen wie die Klassenschülerzahlensenkung, vermehrter Sprachförderunterricht, zusätzliche Gruppenteilungen und die zunehmende Zahl der Neuen Mittelschulen führten ebenfalls zu einer Steigerung des Bedarfs an Lehrkräften.

Bereits jetzt klagen einige Bundesländer über einen Mangel an PädagogInnen. Mittlerweile sind nicht nur LehrerInnen für naturwissenschaftliche Fächer an mittleren und höheren Schulen rar geworden, auch andere Fächer und Spezialgebiete wie die Sonder- und Heilpädagogik, StützlehrerInnen, SprachlehrerInnen und andere werden in Zukunft vermehrt benötigt. Besonders problematisch ist der Mangel an Pflichtschullehrkräften, speziell im Bereich der Volksschulen.

¹ Siehe Anfrage 851/J aus der XXIV. GP:
https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_00851/index.shtml

Die Zahl der StudienanfängerInnen an den Pädagogischen Hochschulen für den Bereich Volksschulen/Primarstufe ist seit Jahren niedriger als die Zahl der Pensionierungen. Bisher ist auch nur schwer abschätzbar, wie sich die Verlängerung der Grundausbildung der Primarstufenlehrkräfte (Bachelor of Education) von sechs auf acht Semester auf die Abbruchquote auswirkt. Jedenfalls fällt dadurch aber ein ganzer Abschlussjahrgang aus.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

1. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer werden voraussichtlich bis zum Jahr 2025 in Pension gehen? Bitte nach Jahr der voraussichtlichen Pensionierung, Bundesland und Bundes- bzw. LandeslehrerInnen aufschlüsseln, vergleichbar den Tabellen in der Anfragebeantwortung 875/AB aus der XXIV. GP.
2. Wie viele Dienstposten müssen voraussichtlich bis zum Jahr 2025 (nach)besetzt werden? Bitte nach Jahren, Bundesland und Bundes- bzw. LandeslehrerInnen aufschlüsseln.
3. Wie viele Personen schließen bis zum Studienjahr 2024/25 voraussichtlich ein Studium an einer Pädagogischen Hochschule ab? Bitte nach Ausbildungsart (Primarstufe, Sekundarstufe etc.), Abschlussjahr und Bundesland aufschlüsseln.
4. Wie viele dieser ausgebildeten LehrerInnen gehen erfahrungsgemäß anschließend in den Schuldienst?
5. Wie viele Personen schließen bis zum Studienjahr 2024/25 ein Lehramtsstudium an einer Universität ab? Bitte nach Jahr der voraussichtlichen Abschlussprüfungen aufschlüsseln.
6. Wie viele dieser ausgebildeten LehrerInnen gehen erfahrungsgemäß anschließend in den Schuldienst? Bitte nach Jahr der voraussichtlichen Dienstantritte aufschlüsseln.
7. Wie viele zusätzliche Studienplätze werden in den nächsten 10 Jahren an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten benötigt, um den Bedarf an Lehrkräften decken zu können? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.
8. Auch die KindergartenpädagogInnen sollen in Zukunft eine tertiäre Ausbildung erhalten. Wie viele Studienplätze sind für die Ausbildung von ElementarpädagogInnen vorgesehen? Bitte nach Jahren, Bundesland bzw. Pädagogischer Hochschule aufschlüsseln.